

23. 11. 77

Sachgebiet 2032

## **Bericht**

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem von der Bundesregierung eingebrachten**

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes**

**— Drucksachen 8/1027, 8/1162 —**

**und zu dem von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten**

**Entwurf eines Besoldungsänderungsgesetzes**

**— Drucksachen 8/771, 8/1162 —**

### **Bericht des Abgeordneten Walther**

Der Gesetzentwurf in der Drucksache 8/1027 sieht durch eine Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes die Wiedereinführung des Besoldungsanspruchs für Soldaten auf Zeit vor. Der Anspruch soll zunächst für eine Übergangszeit von zwei Jahren gelten, um Bewerbungen für die Laufbahngruppe der Unteroffiziere und Mannschaften zu fördern. Ferner soll für bestimmte Luftfahrzeugführer und Kampfbeobachter die monatliche Stellenzulage von monatlich 250 DM auf 450 DM erhöht werden, um den gestiegenen Leistungsanforderungen gerecht zu werden.

Der Gesetzentwurf führt zu Mehrbelastungen des Bundeshaushalts. Für 1978 und 1979 wird die Summe der zu zahlenden Dienstbezüge an die genannten Soldaten auf jährlich 92 600 000 DM geschätzt. We-

gen der Erhöhung der Stellenzulage ist ein jährlicher Betrag von 4 000 000 DM erforderlich. Deckung für diese Mehrausgaben ist im Entwurf des Bundeshaushalts für 1978 bei Kapitel 14 03 Titel 423 01 vorhanden. Für die Folgejahre sind die Mehrkosten in der Finanzplanung des Bundes enthalten.

Der federführende Innenausschuß empfiehlt, den von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurf eines Besoldungsänderungsgesetzes in der Drucksache 8/771 für erledigt zu erklären und den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf in der Drucksache 8/1027 unverändert anzunehmen. Dieser Bericht des Haushaltsausschusses ergeht in Übereinstimmung dazu. Der Gesetzentwurf ist deshalb mit der Haushaltslage vereinbar.

Bonn, den 23. November 1977

#### **Der Haushaltsausschuß**

**Windelen**

Vorsitzender

**Walther**

Berichterstatter